[illegible] die einzige wirkliche Grundlage wären und es sich nicht um die Frage der Abtrennung deutschen Gebiets handeln würde. Der britische Botschafter in Berlin Lord d'Abernon ist zweifellos in der Lage, der britischen Regierung nachzuweisen, daß Deutschland jetzt die Pariser Forderungen so gut wie anerkennen will, vorausgesetzt, daß das Deutschland noch gebliebene Gebiet unberührt gelassen wird. Frankreich will jedoch nach Bewilligung seiner äußersten finanziellen Forderungen immer noch auf einer Verstümmelung Deutschlands durch Zuweisung der wertvollsten Teile Oberschlesiens an Polen in glattem Widerspruch zum Abstimmungsergebnis bestehen. Der „Observer" erklärt, es handle sich in Wirklichkeit um eine territoriale und nicht um eine finanzielle Frage, um die Auflösung Deutschlands und nicht um Reparationen. Mit Oberschlesien könne Deutschland bezahlen, ohne Oberschlesien nicht. Das Blatt tritt dafür ein, daß Frankreich vollere finanzielle Genugtuung erreicht, daß aber ganz Oberschlesien wie seit tausend Jahren ein unberührter Teil Deutschlands bleibt.

Aeußerungen französischer und englischer Stellen.

Die Berliner „Welt am Montag" hat sich mit maßgebenden französischen und englischen Stellen in Verbindung gesetzt und die Auskunft erhalten, daß die Besetzung des Ruhrgebietes in Paris für unvermeidlich gehalten wird. Aus technischen militärischen Gründen wird sie aber voraussichtlich erst in etwa 8 Tagen erfolgen. Während ein Teil der französischen Regierungskreise sich mit einer militärischen Besetzung des Ruhrgebietes in der Art des bisherigen besetzten Rheinlandes begnügen will, wünscht ein anderer Teil, vor allem Loucheur, auch eine wirtschaftliche Verwaltung des Ruhrgebietes in der Form, daß es eine Art wirtschaftliche Einheit mit Frankreich bilden würde. Gegenüber der Befürchtung eines Einmarsches der Polen und Tschechoslowaken auf Veranlassung Frankreichs, wurde der „Welt am Montag" erwidert, daß man diese Befürchtung für vollständig unbegründet halten müsse. Ueber Oberschlesien werde nicht durch bewaffnete Gewalt, sondern auf Grund des Friedensvertrages entschieden werden. — Von englischer, Lloyd George nahestehender Seite wurden diese französischen Mitteilungen dahin ergänzt, daß man in England über die deutschen Anerbietungen sehr enttäuscht gewesen sei. Vor allem vermisse man die Beteiligung an der deutschen Industrie, die vor allem praktische Einigungsmöglichkeiten geboten hätte. Trotz der schweren Bedenken, die England gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, vor allem aus Gründen wirtschaftlicher Natur habe, wird Frankreich von England unterstützt.

Die Kosten der Besetzung.

Wie Pertinax im „Echo de Paris" aus London berichtet, sind als Kosten für die Besetzung des Ruhrgebietes im ersten Monat 100 Millionen Franken vorgesehen; in den weiteren Monaten etwa 80 Millionen. Ferner ist als wirtschaftliche Maßnahme außer der Besteuerung der Tonne Kohle mit 10 Goldmark eine 50prozentige Exportsteuer, sowie eine 30prozentige Beteiligung an der Industrie vorgesehen. Dieses System, meint Pertinax, könne als ein Druckmittel auf ganz Deutschland angesehen werden.

Die Reparationskommission beharrt auf den 12 Milliarden Goldmark.

Die Reparationskommission hat an die Kriegslastenkommission ein Schreiben gerichtet, in dem sie mitteilt, ohne der in Kürze fertigzustellenden Aufstellung der Zahlungen vorzugreifen, daß die deutsche Regierung den Betrag von 12 Milliarden Goldmark schuldet, der am 1. Mai fällig ist für die Schäden, deren Reparation ihr nach dem Versailler Vertrage obliegt.

Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant" in London meldet seinem Blatte Einzelheiten über die Verhandlungen der Reparationskommission, die der Festsetzung der deutschen Gesamtschuld vorausgegangen sind. Am Mittwoch, 27. April, sei eine Sitzung abgehalten worden, an der nur die Vertreter Englands, Frankreichs und Belgiens, insgesamt acht Personen, teilgenommen hätten. An diesem Tage hätten die Forderungen sämtlicher Verbündeten, umgerechnet in Goldmark, noch 190 Milliarden betragen. Nach einer kurzen Durchsicht der Gesamtaufstellung sei man sich jedoch über einen bedeutenden Abzug schlüssig geworden, dessen Betrag allerdings noch zwischen 40 und 75 Milliarden geschwankt habe. Die zu hohe Bewertung habe überhaupt in der Hauptsache darauf beruht, daß man mit einem Goldkoeffizienten von 2 gerechnet habe, während in Wirklichkeit der in Betracht kommende Koeffizient 1½ zu keiner Zeit überstiegen habe.

Eine neue Kundgebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes erklärt nach Kenntnisnahme der neuen deutschen Vorschläge, betreffend die Wiedergutmachung, daß diese Vorschläge geeignet sind, den Gegenstand neuer Verhandlungen zwischen den Regierungen der Entente und Deutschland zu bilden. In Erwägung der Erklärung der in Amsterdam anwesenden Vertreter der deutschen Arbeiterorganisationen

„Die Vorschläge der deutschen Regierung werden von der deutschen Arbeiterklasse unterstützt und die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands erklären sich bereit, alles aufzubieten, um die aus den neuen Vorschlägen resultierenden Vereinbarungen durchführbar zu machen" gibt der internationale Gewerkschaftsbund der Meinung Ausdruck, daß unter diesen Bedingungen und angesichts derartiger Garantien der Weg gebahnt ist für eine friedliche Lösung der Probleme, die nicht nur auf dem Leben der Bevölkerung der durch den Krieg verwüsteten Gebiete, sondern auf der gesamten Weltwirtschaft lasten.

Indem der Internationale Gewerkschaftsbund auf seine in London im November 1920 und in Amsterdam am 31. März und 1. April 1921 angenommenen Resolutionen verweist, erklärt er aufs neue, daß die Zuflucht zu einer Politik der Gewalt nur geeignet ist, den eben erst wieder erwachsenden Frieden in der Welt zu stören und den alten Ruinen neue hinzuzufügen. Er fordert im höheren Interesse der Völker, daß die Wiedergutmachung sich gründen muß auf die Mitarbeit der Völker, die allein die Garantie bietet, den getroffenen Abmachungen ihre Wirksamkeit zu sichern und zugleich die für die Errichtung eines definitiven und dauernden Friedens notwendige Wiederversöhnung der Völker ermöglichen wird.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gibt den Gefühlen der organisierten Arbeitermassen Ausdruck, indem er die Regierungen der Entente auffordert, Verhandlungen anzubahnen, ohne zu neuen Sanktionen, die immer unwirksam bleiben werden, Zuflucht zu nehmen, und andererseits die Regierung Deutschlands auffordert, das gegebene Wort zu respektieren, indem sie das äußerste Maß an Bereitwilligkeit zeigt und hinsichtlich des Militarismus ihres Landes, der immer noch eine Bedrohung der deutschen Republik und durch die rückwirkenden Folgen eine Bedrohung des europäischen Friedens darstellt, die gebotenen Maßnahmen ergreift. Der Internationale Gewerkschaftsbund ist überzeugt, daß er auf diese Weise im Interesse der Bevölkerung der verwüsteten Gebiete wie für den Frieden der Welt wirkt, der unerläßlich ist, damit die Nationen sich aus ihrer gegenwärtigen schmerzlichen und gefährlichen Lage befreien können.

Annahme der Friedensresolution Knox.

Der amerikanische Senat hat die Friedensresolution des Senators Knox mit 49 gegen 23 Stimmen angenommen. Senator Lodge, der in einer Rede diese Resolution befürwortete, wies darauf hin, daß wahrscheinlich ein Vertrag mit Deutschland folgen würde, sobald die Gesetzeskraft erlangt haben werde.

Die Blätter über die Sitzung des Senates berichten, in der die Entschließung des Senators Knox angenommen wurde, [illegible] Vertreter des Staatsdepartements [illegible] Vereinigten Staaten nicht die Absicht hätten, die Alliierten im Stich zu lassen.

Nach einem Telegramm der „Chicago Tribune" aus Washington soll die Regierung der Vereinigten Staaten dem Obersten Rat ernste Einwendungen gegen die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen in Deutschland übermittelt haben. Nach einer offiziell inspirierten Nachricht hatte die Regierung Donnerstag abend erklärt, daß sie ihre vermittelnde Tätigkeit auch dann nicht aufgeben werde, wenn die Besetzung durchgeführt werde.

Die Maifeier.

Die Maifeier der Arbeiterschaft ist in Riesa ohne Zwischenfälle verlaufen. Der Umzug der Gewerkschaften, der vormittags vom Kaiser-Wilhelm-Platz nach dem Stadtpark stattfand, hatte eine starke Beteiligung gefunden. Unter den Teilnehmern waren allerdings auch die Jugendlichen und die Kinder stark vertreten. In dem Zuge wurden mehrere rote Fahnen mitgeführt und von den Abteilungen der Jugendlichen sah man Plakate mit den Aufschriften: „Wir fordern Jugendschutz" und „Wir fordern Ferien". Die Feier im Park verlief programmgemäß. Es fand ein Gesangs- und Instrumentalkonzert statt, außerdem wurden turnerische Aufführungen geboten. Die Festrede hielt der unabhängige Reichstagsabgeordnete [illegible]-Dresden. Die zur Zufriedenheit aller verlaufene Veranstaltung endete gegen 12 Uhr. Am Nachmittag fanden dann noch Feiern der einzelnen sozialistischen Parteien statt.

In Berlin sind die Maifeiern der drei sozialistischen Parteien nach den bisherigen Meldungen im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Mehrheitssozialdemokraten hatten ihre Anhänger in über 20 großen Sälen versammelt, die zumeist sehr gut besucht waren. Die Unabhängigen hielten eine Kundgebung im Lustgarten ab, zu der etwa 50 000 Personen erschienen waren. Die Kommunisten veranstalteten eine Kundgebung im Friedrichshain und die Transportarbeiter sowie die Straßenbahner und Hochbahner versammelten sich auf dem Schloßplatz. Der Bund religiöser Sozialisten hielt Maifeiern in einigen Kirchen ab. Trotz eines Streikaufrufs des Deutschen Eisenbahnerverbandes ist der Verkehr auf der Eisenbahn sowohl im Fernverkehr wie auf der Stadt- und Ringbahn und im Vorortverkehr in vollem Umfange durchgeführt worden. Als nach einer Versammlung der kommunistischen Arbeiterpartei eine Streife der Sicherheitspolizei eine Menschenansammlung zerstreuen wollte, erhielt ein Wachtmeister einen Messerstich in die Schulter; er mußte in der Notwehr von seiner Schußwaffe Gebrauch machen, wobei er zwei Demonstranten durch Revolverschüsse verletzte.

In Dresden haben die Maifeiern ebenfalls einen ruhigen Verlauf genommen. Die Feier der Sozialdemokraten in der Ausstellung spielte sich im Rahmen eines großen Volksfestes ab. Ministerpräsident Buck hielt die Festrede. Die Unabhängigen veranstalteten einen Maiumzug, der 2000 Teilnehmer zählte. An dem Umzug der Kommunisten beteiligten sich dagegen höchstens 600 Köpfe.

Die gestrige Maifeier in Leipzig, die von den sozialistischen Parteien wiederum getrennt abgehalten wurde, ist, wie der Telunion-Nachrichtendienst meldet, ruhig und ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Die Kommunisten und die Unabhängigen veranstalteten nach Versammlungen in den Lokalen der verschiedenen Bezirke und auf dem Augustusplatz Demonstrationsumzüge, in denen viele rote Fahnen und Plakate mitgetragen wurden. Die Mehrheitssozialdemokraten veranstalteten eine große Festversammlung im Sanssouci, in der Kreishauptmann Lange die Festrede hielt. Am Nachmittag fanden zahlreiche Veranstaltungen statt, in denen musikalische und sportliche Vorträge geboten wurden. Schönes Maiwetter begünstigte alle Veranstaltungen.

In Halle wurde die Maifeier von allen drei Parteien durch Versammlungen und Ausflüge in die Umgebung begangen.

Die Maifeier in Frankfurt a. M. verlief ohne Zwischenfall.

Die sozialistischen Maifeiern in der Schweiz sind überall ohne Zwischenfall verlaufen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der zweite Transport amerikanischer Milchkühe. Wolffs Telegr. Bureau meldet: Am Sonntag mittag ist der Dampfer „West Arrow" mit dem zweiten Transport von 718 amerikanischen Milchkühen und 70 Kälbern wohlbehalten in Bremen angekommen.

Die Krise im Reichskabinett. Zu den Nachrichten über eine angebliche Krise im Reichskabinett erfährt das WTB. von zuständiger Stelle folgendes: Es ist richtig, daß der Minister des Auswärtigen vor einiger Zeit dem Reichspräsidenten ein Abschiedsgesuch vorgelegt hat. Maßgebend für den Entschluß des Ministers war sein Eindruck über die Stellungnahme der deutschen öffentlichen Meinung zu seiner Politik. Mit Rücksicht auf die von ihm eingeleiteten Verhandlungen mit Amerika hatte sich der Minister zugleich bereit erklärt, die Geschäfte seines Ressorts vorläufig weiterzuführen. Der Reichspräsident hat das Gesuch abgelehnt, da nicht nur das Kabinett die Vorschläge des Reichsministers über die Durchführung der von ihm mit Amerika begonnenen Verhandlungen billigt, sondern auch die Reichstagsdebatte gezeigt hat, daß die Volksvertretung in ihrer großen Mehrheit diese Fortführung wünscht.

Die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer. Der Reichsfinanzminister erläßt unter dem 12. April 1921 folgende Verordnung über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921. Auf Grund des Artikel II des Gesetzes vom 24. März 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 318) zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 359) wird folgendes bestimmt: Bis zum Empfange des endgültigen Steuerbescheides für das Rechnungsjahr 1920 haben die Steuerpflichtigen im Rechnungsjahr 1921 die Einkommensteuer vorläufig weiter zu zahlen, die nach der Verordnung über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 vom 30. April (Reichs-Gesetzbl. S. 805) im Rechnungsjahr 1920 zu bezahlen war. Die näheren Bestimmungen zur Durchführung der im § 1 getroffenen Anordnungen werden von den Präsidenten der Landesfinanzämter erlassen; diese bestimmen insbesondere die Zahlungszeiten, innerhalb deren die Steuer zu entrichten ist.

Ein weiteres Zeitungsverbot in Halle. Nachdem der Oberpräsident Hörsing die deutschnationale „Hallesche Zeitung" auf 10 Tage verboten hatte, erschien in einem anderen Verlage das „Hallesche Tageblatt", das in der Druckerei der „Halleschen Zeitung" hergestellt wurde. Nachdem drei Nummern des „Halleschen Tageblattes" erschienen waren, verbot der Präsident auch das Erscheinen dieses Blattes, sowie alle patriotischen Zeitungen und Zeitschriften mit politischem Inhalte, die in der Druckerei der „Halleschen Zeitung" hergestellt werden.

Ausland.

Englands Schiffsverluste [illegible] Tonnen ausmachte. Der [illegible] belief sich in jenen 4½ Jahren auf 4696 [illegible] mit 9 412 275 Br.-Reg.-T. Bei Seeunfällen gingen [illegible] Menschenleben verloren, davon waren 10 075 Seeleute, [illegible] Passagiere und 450 Fischer. Durch Kriegsereignisse verloren auf Handelsschiffen [illegible] Seeleute und Fischer sowie 3000 Passagiere. Daraus ergibt sich, wie in „Nord und Rederei" festgestellt wird, daß der Verlust an Menschenleben durch die Tätigkeit der U-Boote sich nur um noch nicht 3000 [illegible] derjenigen [illegible], die durch die an und für sich vorhandenen Gefahren der Seefahrt hervorgerufen wird.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 2. Mai 1921.

—* **Der Elternabend der Mädchenschule verschoben.** Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß der für den 3. d. M. geplante Elternabend auf einige Zeit verschoben werden muß.

—* **Vorbereitungskurse für Eisenbahngehilfen.** Wie in den Zeitungen berichtet wurde, sind in den letzten Wochen in verschiedenen Städten, wie Dresden, Chemnitz, Werdau, Eisenbahnfachschulen eröffnet worden. Die Gründung dieser Schulen geht von dem Verband deutscher Eisenbahnfachschulen e. V. aus, der den Eisenbahnern aller Dienstgrade Gelegenheit geben will, sich alle für sie erforderlichen Schul-Fachkenntnisse mit möglichst geringen Kosten anzueignen und sich für die von den Verwaltungen abzuhaltenden Prüfungen vorzubereiten. Für Riesa als Eisenbahnknotenpunkt kommt zunächst ein Vorbereitungskursus für Eisenbahngehilfen im Betriebsdienst in Frage, der am Donnerstag, den 28. April in der hiesigen Handelsschule eröffnet wurde. Ueber 40 Beamte der Bahnverwaltungen bis Lommatzsch, Oschatz, Gröditz, Strehla erhalten einen auf die Bedürfnisse des Eisenbahnbetriebes eingestellten mit der Eisenbahnpraxis in engster Fühlung stehenden Unterricht, der neben der Pflege der allgemeinen Bildung und der Förderung des Verständnisses für die wirtschaftlichen Aufgaben der Gegenwart vor allen Dingen einen theoretisch-fachlichen Unterricht umfaßt.

—* **Sonderfahrten der Dampfschiffe zur Himmelfahrt.** Am Himmelfahrtstage, Donnerstag, den 5. Mai d. J., wird die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft auf der unterhalb Dresdens gelegenen Strecke, anläßlich des Pioniertages in Meißen und des altbekannten sogenannten Rosenfestes in Diesbar (sächs. Riviera) außer den fahrplanmäßigen Fahrten noch folgende Sonderfahrten ausführen: Ab Dresden vormittags 10 Uhr und nachmittags 3 Uhr (nur bei schönem Wetter) bis nach Meißen. Ab Meißen mittags 12 Uhr (nur bei schönem Wetter) bis Dresden, nachmittags 2 Uhr bis Diesbar und nachmittags 7.30 Uhr bis Riesa. Ab Diesbar abends 8.15 Uhr bis Riesa und abends 9 Uhr bis Meißen. In allen Fahrten werden sämtliche Unterwegsstationen angelaufen.

—* **Freie Vereinigung ehem. 182er.** Dem Zuge der Zeit folgend, hat sich auch in Riesa eine freie Vereinigung ehem. 182er gebildet. Die Vereinigung hält ihre Sitzungen in Stadt Hamburg ab und sind alle ehem. 182er dazu herzlich willkommen. Nächste Zusammenkunft 28. Mai 8 Uhr daselbst. Alles Nähere wird unter Vereinsnachrichten bekanntgegeben.

—* **Die Vorstellungen des Zirkus Meine** waren auch am Sonnabend und gestern Sonntag gut besucht und die Besucher von dem Gebotenen befriedigt. Es dürfte daher auch die heute abend stattfindende letzte Vorstellung einen regen Zuspruch finden, zumal für heute abend die Eintrittspreise auf die Hälfte ermäßigt sind.

—* **Neue Gesetzentwürfe.** Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 29. April 1921 beschlossen, folgende Gesetzentwürfe dem Landtag vorzulegen: 1. den Entwurf eines Grundsteuergesetzes, 2. den Entwurf eines Gesetzes über die Aenderung des Gesetzes vom 1. Juli 1878, die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen betreffend, 3. den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Schulgemeinden.

—* **Weitere Verlängerung der Frist zur Abgabe der Einkommensteuererklärung.** Das Landesfinanzamt Dresden teilt mit, daß der Reichsminister der Finanzen die Frist zur Abgabe der Einkommensteuererklärung weiter bis 15. Mai 1921 verlängert hat.

—* **Zur Bekämpfung der Nonnengefahr.** In den Abteilungen 118, 126 und 129 der Klein-Trebnitzer Heide des Weißiger Staatsforstreviers sind vereinzelt Eier und Raupen der Nonnen gefunden worden. Auch hat das Probesuchen nach Nonneneiern in den Staatsforstrevieren des Forstbezirks Schandau insbesondere auf den Revieren [illegible], Mittelndorf und Hinterhermsdorf einen so starken Befall ergeben, daß die gehegten Befürchtungen in erhöhtem Maße aufrecht erhalten werden müssen. Da mit Rücksicht auf den hohen Preis künstlichen Raupenleims von einer Leimung im großen abgesehen werden muß, so erscheint es angezeigt, nochmals darauf hinzuweisen, daß es immerhin von Wert ist, im kleinen durch Ueberstreichen der Nonnenspiegel — der noch zusammensitzenden Häufchen — mit Teer, Leim oder einem anderen klebrigen Stoffe der Gefahr entgegenzuwirken. Auch ist zu empfehlen, die befallenen Bäume kurz nach dem Auskriechen der Räupchen und die Kulturen, auf die Nonnenräupchen abgeweht worden sind, mit Obstbaumkarbolineum (von etwa 5 bis 15 Prozent Gehalt) zu bespritzen. Um die Bekämpfung der Nonnenraupen zu erleichtern und zu unterstützen, ist angeraten, die nonnenverdächtigen Bestände sofort stark zu durchforsten, die gefällten Bäume zu entrinden und Rinde und Reisig zu verbrennen.

—* **Steuerabzug und Lohnsteuer.** Mitteilungen in der Presse, die gelegentlich der Abänderung des Einkommensteuergesetzes erschienen sind, haben vielfach zu der Auffassung geführt, es bestehe die Absicht, bei den Gehalts- und Lohnempfängern, deren Einkommen eine bestimmte Grenze nicht übersteigt, die Steuer für das Rechnungsjahr 1920 durch den Steuerabzug ohne besondere Abrechnung oder ohne einen Ausgleich [illegible] für abgegolten zu erklären. Demgegenüber wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Einführung der Bestimmung, bei der eine Veranlagung der Lohn- und Gehaltsempfänger bei einem Arbeitseinkommen bis zu 24 000 M. nicht mehr in Aussicht genommen ist, sondern die Steuer durch die Einbehaltung eines [illegible] dem Tarife entsprechend abgegolten sein soll, zwar in Aussicht genommen, aber noch nicht [illegible] Lohn- und Gehaltsempfänger [illegible] Steuerpflichtigen mit dem [illegible] Einkommen